

Die folgenden drei Beispiele und die dazugehörenden Erklärungen stammen von der Webseite:  
[https://www.sem.admin.ch/sem/de/home/asyl/asylverfahren/drei\\_beispiele.html](https://www.sem.admin.ch/sem/de/home/asyl/asylverfahren/drei_beispiele.html) (05.04.2016)

## Asylverfahren

Weltweit sehen sich zahlreiche Menschen gezwungen, ihren Heimatstaat zu verlassen und irgendwo ein Asylgesuch zu stellen. Manche werden von den heimatlichen Behörden wegen ihrer politischen Anschauungen oder ihres Glaubens verfolgt, andere wiederum leiden unter den Auswirkungen eines Bürgerkrieges und wieder andere haben einfach genug von den katastrophalen wirtschaftlichen Verhältnissen in der Heimat. Die Schweiz gehört zu den Zieldestinationen dieser Menschen. Sie gewährt Flüchtlingen Asyl und bietet Schutzbedürftigen vorübergehenden Schutz. Zuständig für diese Aufgabe ist in der Schweiz das Staatssekretariat für Migration (SEM), genauer der Direktionsbereich Asyl. Diese Stelle unterzieht jedes Asylgesuch einer sorgfältigen und individuellen Prüfung. Auf offensichtlich missbräuchliche Gesuche wird nicht eingetreten. Bei den übrigen Gesuchen gilt es zu prüfen, ob die Asylvorbringen glaubhaft sind und – falls dies zutrifft – ob die Flüchtlingseigenschaft gemäss Asylgesetz erfüllt ist. Anerkannte Flüchtlinge erhalten meist Asyl; dies ist aber nicht der Fall, wenn sie beispielsweise verwerfliche Handlungen begangen haben oder die Sicherheit der Schweiz gefährden. Asylsuchende, deren Gesuch abgelehnt wird, haben die Schweiz in der Regel zu verlassen. In diesen Fällen muss jedoch geprüft werden, ob Wegweisungshindernisse existieren. Sind solche vorhanden, verfügt das Staatssekretariat für Migration eine vorläufige Aufnahme in der Schweiz. Andernfalls sind die kantonalen Migrationsbehörden – oftmals in Zusammenarbeit mit den zuständigen Bundesstellen – für den Vollzug der Wegweisung verantwortlich. Asylsuchende haben die Möglichkeit, gegen ablehnende Entscheide des Staatssekretariats für Migration Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht einzureichen.

## Drei Beispiele

Drei Personen. Drei verschiedene, fiktive Schicksale, drei Biografien aus verschiedenen Ländern. Aber ein Ziel: die Schweiz und Schutz vor Verfolgung.

### Fall A



Mamadou B., 19-jährig, guineischer Staatsangehöriger der Ethnie Peul, ohne Schulbildung, ledig, hat nach Jahren kleiner Jobs in der Subsistenzwirtschaft und in der Stadt Conakry mit Unterstützung seiner Familie den Entschluss gefasst, nach Europa auszuwandern. Dort möchte er einer geregelten Arbeit nachgehen. Er spielt im Oktober zudem mit dem Gedanken, durch Heirat in den Genuss eines Aufenthalts in einem reichen Industrieland zu kommen.

Mamadou B. bezahlt mit Erspartem seiner Familie einen Schlepper, der für ihn eine Reiseroute per Schiff nach Italien skizziert.

### Fall B



Ahmed H., 23-jährig, somalischer Staatsbürger abgaalischer Ethnie, wuchs in Mogadischu auf. Single, ohne Ausbildung und Auskommen, beschliesst er Somalia zu verlassen und in Europa um Asyl nachzusuchen.

### Fall C



Sadiye C., 25-jährig, türkische Staatsangehörige kurdischer Ethnie, Alevitin, ledig, aufgewachsen in Bingöl (Osttürkei) mit zwei Brüdern und vier Schwestern. Vater Besitzer eines Restaurants mit fast ausschliesslich kurdischer Kundschaft. Seit vier Jahren Studentin an der Anglistik-Fakultät der Universität Istanbul.

## Reiseweg

Ausländer, die in der Schweiz um Schutz nachsuchen wollen, können ihr Asylbegehren [...] an jedem Grenzübergang und auf den Flugplätzen des Landes einreichen. [...] Die Einreise wird dann gestattet, wenn plausible Gründe für eine asylrelevante Verfolgung vorgebracht werden und die Asylsuchenden ohne unnötige Zwischenaufenthalte zur Schweizer Grenze gereist sind. Fast 90 Prozent der Asylsuchenden umgehen jedoch die Gefahr einer Rückweisung [...] an der Grenze durch eine illegale Einreise. Wird eine Person bei der illegalen Einreise angehalten, wird sie in das Nachbarland zurückgewiesen. Asylsuchende sind in der Regel in einem der vier Nachbarländer der Schweiz nicht bedroht.

### **Frage: Wie sind Mamadou B., Ahmed H. und Sadiye C. in die Schweiz eingereist?**

#### Fall A

Mamadou B. reist am 3. November per Cargoschiff nach Genua. Dafür hat er USD 1000 bezahlen müssen. Den Anweisungen eines Schleppers folgend, reist er illegal bei Ponte Chiasso in die Schweiz ein. Zuvor vernichtet Mamadou B. auf Anraten des Schleppers seine Reise- und Identitätspapiere.

#### Fall B

Am 27. Februar verlässt Ahmed H. seine Stadt und reist ohne Reisepapiere nach Nairobi. In der kenianischen Hauptstadt nimmt er den von einem Gehilfen organisierten Flug nach Rom. Am 22. März reist er illegal in die Schweiz ein.

#### Fall C

Am 24. April reist Sadiye C. im Auto ihres Bruders Ahmet C. bei Chiasso in die Schweiz ein. Ahmet C. und seine Ehefrau Marianne haben Sadiye im Albergo «Piazza Cavour» in Milano abgeholt. Die Türkei hatte Sadiye C. am 10. April über den Hafen von Kusadasi verlassen. Dank Beziehungen war es ihr möglich gewesen, dort ein Touristenboot zu besteigen, welches sie auf die griechische Insel Samos brachte. Von Griechenland bis nach Italien war sie mit einem Cousin gereist, der in der Nähe von Rom wohnt.

## Empfangs- und Verfahrenszentren

Unabhängig von der Art der Einreise müssen sich alle Asylbewerber und -bewerberinnen bei einem der fünf Empfangs- und Verfahrenszentren (EVZ) des Staatssekretariats für Migration in Chiasso, Vallorbe, Basel, Altstätten oder Kreuzlingen melden. Beim Eintritt in das EVZ werden die Personalien der Asylsuchenden registriert. In einer anschliessenden Befragung müssen sie ihre persönlichen und familiären Verhältnisse sowie ihre Asylgründe summarisch darlegen. Gleichzeitig werden ihnen Fingerabdrücke genommen und Fotoportraits erstellt. Mit Hilfe dieser erkennungsdienstlichen Daten wird überprüft, ob die betreffenden Personen schon früher – allenfalls unter anderen Namen – in der Schweiz ein Asylgesuch eingereicht haben. Bei offensichtlich unbegründeten oder missbräuchlichen Gesuchen kann ein beschleunigtes Verfahren angewendet werden. Dabei wird das Asylgesuch bereits an im EVZ abgeschlossen und gegebenenfalls der Vollzug der Wegweisung durchgeführt. Die übrigen Asylsuchenden werden bis zum Abschluss des Asylverfahrens einem Kanton zugeteilt.

### Frage: Was haben Mamadou B., Ahmed H. und Sadiye C. an der Empfangsstelle ausgesagt?

#### Fall A

An dem in Grenznähe liegenden EVZ Chiasso reicht Mamadou B. am 4. Dezember sein Asylgesuch ein. An der Kurzbefragung erklärt Mamadou B., er habe im Heimatland Sierra Leone nie Papiere besessen: «Was meinen Geburtsschein betrifft, so ging dieser beim Überfall auf mein Haus verloren....». Der Befrager an der EVZ notiert zu den Asylgründen wortwörtlich folgendes: «Die Rebellen sind gekommen und haben unser Dorf überfallen, die Leute vertrieben und unser Haus zerstört...». Nachdem alle Hauptgründe erfasst worden sind, fügt Mamadou B. an: «Ich habe Angst, in mein Dorf zurückzukehren, da sich noch einige Rebellen in der Region versteckt halten...».

Weil er keine Papiere abgegeben und der Befrager auf einige länderspezifische Fragen keine Antwort erhalten hat, kommen erste Zweifel an der sierraleonischen Herkunft des Gesuchstellers auf.

#### Fall B

Am 25. März reicht Ahmed H. im EVZ Vallorbe sein Asylgesuch ein. Es findet eine Kurzbefragung statt. Darin macht Ahmed H. deutlich, dass er aus ökonomischen und politischen Überlegungen sein unstabiles Land verlassen hat. Einen Personalausweis reicht er nicht zu den Akten.

Am 28. März wird Ahmed H. für die Dauer des Asylverfahrens dem Kanton Genf zugeteilt.

#### Fall C

Am 30. April, einem grau-regnerischen Mittwochmorgen, meldet sich Sadiye C. bei der Reception des EVZ Kreuzlingen. Sie reicht ein Asylgesuch ein und gibt ihre zwei Identitätsausweise ab. Man findet bei ihr eine Agenda, die man ihr trotz lautstarkem Protest abnimmt, später aber wieder aushändigt. Am 5. Mai wird Sadiye C. befragt. Der eher skeptischen Befragerin erklärt sie, weshalb sie zwei Identitätsausweise besitzt: Der eine sei echt – ausgestellt in Bingöl am 3. September 1997 – der andere, lautend auf den Namen «Esen Karatas», sei gefälscht. Man fragt sie nach den Gründen für die Ausreise. «Ich werde gesucht, wenn Sie mich in die Türkei zurückschicken, muss ich ins Gefängnis.» «Am 10. November des letzten Jahres nahm ich an einer Demonstration gegen Zulassungsbeschränkungen an die Universität teil; als die Polizei eingriff, konnten die meisten flüchten; ich war aber zu weit vorne und wurde – wie früher auch schon – festgenommen. Nun werde ich grundlos beschuldigt, eine verbotene linke Partei tatkräftig unterstützt zu haben. Sie haben mich geschlagen, mir Schlechtes angetan...»

## Anhörung

Die zuständige kantonale Behörde, oder in speziellen Fällen das SEM, hört die Gesuchsteller zu ihren Vorbringen ausführlich an. Bei diesen Anhörungen müssen die Asylsuchenden die Gründe für ihre Bedrohung so präzise und lückenlos wie möglich vorbringen. Es wird ihnen Gelegenheit geboten, ihre Aussagen durch Dokumente zu belegen. Kritische Rückfragen sollen allfällige Widersprüche offen legen. Bei diesen Anhörungen sind Dolmetscher und Vertreter anerkannter Hilfswerke präsent. Das Gespräch wird protokolliert und den Asylsuchenden in eine ihnen verständliche Sprache rückübersetzt. Die Aussagen werden anschliessend durch das SEM überprüft. Das Befragungsprotokoll ist ein wichtiges Element für die Beurteilung des Asylgesuches.

### **Frage: Was haben Mamadou B., Ahmed H. und Sadiye C. bei der zweiten Befragung gesagt?**

#### Fall A

Während der direkten Bundesanhörung, die nach kurzem Aufenthalt im Empfangs- und Verfahrenszentrum am 17. Dezember in der SEM-Zentrale in Bern-Wabern durchgeführt wird, kann Mamadou die Flagge von Sierra Leone nicht korrekt zeichnen. In seinen Antworten finden sich keine weiteren Angaben zur Herkunft: «Ich kenne nur mein Dorf, weil ich es ausser für Feldarbeiten nie verlassen habe», oder: «Da ich nicht zur Schule gegangen bin, weiss ich nicht, welche Stückelungen die Währung von Sierra Leone hat». Der Asylentscheider, der die Zweitbefragung leitet, kann mit diesen zusätzlichen vagen Angaben bereits eine sierraleonische Herkunft ausschliessen. Jedoch weiss er immer noch nicht, woher Mamadou B. tatsächlich stammt. Um nach erfolgtem Asylentscheid den Vollzug zu optimieren, entscheidet der Asylentscheider, das Dossier an die Sektion Analysen weiterzuleiten, wo Spezialisten aus der Herkunftsregion von Mamadou B. möglichst exakter Herkunftsbestimmungen treffen.

#### Fall B

Am 17. April wird Ahmed H. direkt im EVZ Vallorbe im Rahmen der Zweitbefragung eingehender zu seinen Fluchtmotiven angehört. Seine schriftlich festgehaltenen Aussagen stimmen mit denjenigen der Erstbefragung überein. Er lebte in Mogadischu immer in schlechten Verhältnissen (keine Ausbildung, somit kein Auskommen, nicht genügend Nahrungsmittel und kaum Zugang zur medizinischen Infrastruktur). Der Bürgerkrieg in seinem Land trägt zu dieser schlechten Situation bei. Weshalb ist er ausgerechnet in die Schweiz gekommen? Im Kanton Waadt lebt ein Onkel von ihm.

#### Fall C

Am 1. Juli macht Sadiye C. gegenüber einer Mitarbeiterin des Migrationsamtes des Kantons Zürich die folgenden Aussagen: «Alle versuchten zu flüchten, als die Polizei eingriff. Cetin, der direkt vor mir gestanden hatte, und Fadime neben mir hatten auch Pech; sie packten uns an den Armen und zerrten uns in bereitstehende Polizeiautos. Ich schätze, wir waren etwa 40, die sie erwischt hatten. Neben mir im Auto sass einer, der mich ständig anstarrte; fast war ich froh, als wir endlich im Posten ankamen.» «Ständig die gleichen Fragen: «Wer ist der Kopf eurer Gruppe? Wie viele Leute gehören zu euch? Woher habt ihr die Waffen? Wer war beim Überfall der Anführer?» Sie versuchten mir Dinge anzuhängen, mit denen ich überhaupt nichts zu tun habe. Zuerst waren sie freundlich, einer mit einem blöden Grinsen, dann gab's Schläge ... Drohungen. Einer begann, mich überall zu betasten, ich schrie, weinte [beginnt zu weinen] ... Ich glaube, es wäre dazu gekommen, wenn nicht plötzlich ein schon etwas älterer Typ – ich denke sein Vorgesetzter – dazu gekommen wäre.» ... «In der Woche nach meiner Entlassung aus dem Polizeiposten am 14. November musste ich erstmals vor Gericht erscheinen. Späteren Gerichtsvorladungen leistete ich nach Absprache mit meinem Anwalt keine Folge mehr und tauchte unter. Die Polizei hat mich dann ein

paar Mal gesucht. Nachdem ich erfahren habe, dass ich zu einer mehrjährigen Haftstrafe wegen Unterstützung einer in der Türkei illegalen Partei verurteilt worden bin, bin ich aus Angst vor dem Gefängnis ausgereist.»

## Analysen

Die Sektion MILA (Migrations- und Länderanalysen), die sich aus den Fachstellen Länderinformation und Lageanalysen zusammensetzt, und die Sektion LINGUA sind der Hauptabteilung Asylverfahren unterstellt und am Standort Bern-Wabern vertreten.

### Länderinformation und Lageanalysen

Ist es möglich, in Luanda Diabetes Typus I und Diabetes Typus II zu behandeln? – Gibt es in Libyen eine Organisation namens Abnaa Libya? – Gibt es im Welikada-Gefängnis in Sri Lanka einen Frauentrakt? Täglich werden Dutzende solcher oder anderer Fragen an die Länderexperten der Fachstelle «Länderinformation und Lageanalysen» (MILA) gerichtet. Es sind Fragen, die sich den Sachbearbeitern im Verlaufe der Behandlung eines Asylgesuchs stellen. Die recherchierten Informationen von MILA bilden eine wesentliche Grundlage für die Beurteilung eines Asylgesuchs und bei der Einschätzung der Lage in den Herkunftsländern von Asylsuchenden.

Die Kernaufgabe von MILA besteht somit in der Beschaffung und Vermittlung von Informationen über die rund 120 Herkunftsländer der asylsuchenden Personen, die in der Schweiz ein entsprechendes Gesuch gestellt haben. Die Länderexpertinnen und -experten beantworten Faktenfragen, bieten Recherchehilfen, liefern Lageberichte über die aktuelle Situation in den Herkunftsländern von asylsuchenden Personen. Eine weitere Aufgabe ist das Analysieren von Identitätsausweisen und administrativen Dokumenten.

### LINGUA

Steht die Herkunft von Asylsuchenden nicht fest, besteht die Möglichkeit, an die Fachstelle LINGUA für Herkunftsabklärungen zu gelangen. Abklärungen zur Herkunftsregion bzw. zum Herkunftsland bzw. zum Sozialisationsmilieu einer Person sind deshalb notwendig, weil es zahlreiche ausländische Personen in der Schweiz gibt, die sich den Behörden gegenüber identitäts- und/oder herkunftsmässig nicht ausweisen und deren tatsächliches Heimatland deshalb ungewiss ist. LINGUA ermittelt mit Hilfe von externen, unabhängigen Experten den Sozialisationsraum der Gesuchsteller und hält die Resultate der Ermittlungen in einem Gutachten fest. Die LINGUA-Gutachten basieren auf einer linguistischen Analyse der Sprache und auf einer landeskundlich/kulturellen Analyse des Wissens der asylsuchenden Person.

Solche Herkunftsgutachten können das Asylverfahren beschleunigen. Bei Bestätigung einer angegebenen Herkunft gelangen Asylbewerber schneller und reibungsloser zu ihrem Recht. Im Kontext des Wegweisungsvollzugs können Herkunftsgutachten den Erhalt der für eine Wegweisung notwendigen Ersatzpapiere erleichtern.

### Fall A

Am 12. Januar meldet sich Mamadou beim Eingang zum Hauptgebäude in Bern-Wabern mit seiner Lingua-Vorladung in der Hand. Er folgt dem Beamten in ein leeres Büro, wo er alleine auf einen Telefonanruf wartet. Nach kurzer Zeit klingelt das Telefon. Mamadou B. nimmt den Hörer ab. Die anrufende Person begrüsst ihn. Es folgt ein Gespräch in seiner Muttersprache. «Komisch, weshalb musste ich mit einem <Typen> aus Afrika telefonieren?», fragt sich Mamadou B. nach dem Telefongespräch.

Nach diesem Gespräch schreibt die andere Person, ein für Lingua arbeitender Experte aus dem gleichen Herkunftsland, einen Bericht. Ziel ist es, dass das tatsächliche Herkunftsland von Mamadou B. festgestellt werden kann. Der Experte ist sich sicher, dass Mamadou auf Grund seiner Sprechweise und Länderkenntnisse nur aus Guinea stammen kann. Seinen Bericht erhält der zuständige Asylentscheider. Er sieht jetzt seine zuvor auf Grund der Anhörung mit Mamadou B. gemachte Feststellung von einer ihm unabhängigen Stelle bestätigt.

## Fall B

Der wissenschaftliche Mitarbeiter, der das Asylgesuch von Ahmed H. bearbeitet, vergleicht Ahmed Hs. Aussagen mit den Angaben über Somalia, die dem BFM zur Verfügung stehen. Er kommt zum Schluss, dass an der somalischen Herkunft des Asylbewerbers keine ernsthaften Zweifel bestehen.

## Fall C

Am 15. August reicht Sadiye C. ein Dokument ein. Ein Mitarbeiter des SEM prüft dieses Papier: Es handelt sich um ein Urteil des Staatssicherheitsgerichtes Istanbul. Aus dem Gerichtsurteil geht hervor, dass Sadiye C. zu einer Haftstrafe von 3 Jahren und 9 Monaten wegen der Beherbergung von zwei Mitgliedern einer illegalen Organisation verurteilt worden ist. Eine genaue Analyse dieses Beweismittels ergibt, dass es sich dabei um ein authentisches Dokument handelt.

# Entscheid

Das Staatssekretariat für Migration entscheidet auf Grund des individuellen Sachverhalts, ob Asyl gewährt wird, ob ein Gesuch abgelehnt werden muss oder ob eine Situation vorliegt, die eine vorläufige Aufnahme rechtfertigt. Ein negativer Asylentscheid enthält drei Teile: Zuerst werden die Vorbringen der Asylsuchenden in einem Sachverhalt zusammenfassend dargestellt. In den Erwägungen wird dargelegt, weshalb den Asylsuchenden in der Schweiz kein Asyl gewährt werden kann. Dabei gilt es die Gefährdung der Asylsuchenden im Heimatland zu prüfen. Zentral dabei ist die Beurteilung der Glaubwürdigkeit und der Asylrelevanz der Vorbringen. Im dritten Teil der Verfügung gilt es schliesslich die Zulässigkeit, die Zumutbarkeit und die Möglichkeit einer Wegweisung zu untersuchen (AuG). Asylbewerber, deren Gesuch abgelehnt wurde, haben das Recht, beim Bundesverwaltungsgericht (BVGer) gegen den erstinstanzlichen Entscheid innerhalb von 30 Tagen Beschwerde einzureichen.

**Frage: Wie sehen die Entscheide für Mamadou B., Ahmed H. und Sadiye C. konkret aus?**

## Fall A

Der Asylentscheider vergleicht die Angaben der beiden Anhörungen mit dem Resultat der wissenschaftlichen Herkunftsanalyse Lingua vom 10. Februar. Auf Grund der abweichenden Herkunftsangaben ist für ihn klar, dass die von Mamadou B. erzählte Geschichte nicht stimmen kann. Der Asylentscheider erlässt am 1. März, nachdem Mamadou kein Feedback zur Lingua-Analyse abgibt, obwohl er dazu zuvor vom SEM aufgefordert worden ist, folgende Verfügung: Mamadou B. erhält kein Asyl. Was soviel heisst, dass Mamadou Bs. Asylgesuch abgelehnt wird. Er hatte das SEM über seine tatsächliche Herkunft und über seine Identität getäuscht. Somit ist klar, dass seine Geschichte aus Sierra Leone nicht stimmen kann, weil er dort nie gelebt hat. Mamadou B. kann in sein tatsächliches Heimatland Guinea zurückkehren. Er hat die Möglichkeit gegen diesen Entscheid beim Bundesverwaltungsgericht (BVG) Beschwerde einzureichen.

## Fall B

Ahmed H. verliess Mogadischu der dortigen schwierigen Lebensbedingungen wegen und wich der unsicheren Situation als Folge des Bürgerkrieges aus. Die Begründung seines Asylgesuches ist im Lichte des schweizerischen Asylgesetzes nicht stichhaltig. Nach Art. 3 des Asylgesetzes muss jemand persönlich von einer Verfolgungssituation betroffen sein. Ahmed H. sprach in seinem Asylgesuch nur von der allgemeinen Lage, die in Somalia (fast) jeden betrifft. Eine staatliche oder quasistaatliche (d.h. von einem eigenständigen Teilstaat) Verfolgung ist auch nicht gegeben. Das Bundesverwaltungsgericht verneint diese bezüglich Somalia in der heutigen Situation. Deswegen wird das Asylgesuch abgelehnt. Wird ein Asylgesuch abgelehnt, prüft das SEM, ob die Wegweisung zulässig, zumutbar und technisch möglich ist. Die Rückführung Ahmed Hs. ist zulässig, da er die Flüchtlingseigenschaft nicht erfüllt. Zudem wird er bei seiner Rückkehr keiner Strafe, die von der europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) im Art. 3 verboten wurde, ausgeliefert sein. Die Rückführung eines Asylbewerbers ist insbesondere dann nicht zumutbar, wenn damit eine Gefährdung der Person einhergeht. Was Ahmed H. betrifft, so muss in seinem Fall auf Grund der besonderen Lage die auf 12 Monate beschränkte und regelmässig kontrollierte vorläufige Aufnahme gesprochen werden. Diese Aufnahme ist deshalb vorläufig, weil sie – sobald die Voraussetzungen dafür nicht mehr gegeben sind – aufgehoben wird. Verlässt Ahmed H. freiwillig die Schweiz oder ist seine Rückkehr nach Mogadischu zumutbar, entzieht das SEM Ahmed H. seine Aufenthaltsbewilligung in der Schweiz wieder.

## Fall C

Mit Verfügung vom 30. August wird Sadiye C. als Flüchtling anerkannt und erhält Asyl. Es ist erwiesen, dass sie in ihrem Heimatland aus politischen Gründen verfolgt worden ist, resp. Verfolgungsmassnahmen zu befürchten hat. Sie ist daher auf den Schutz der Schweiz angewiesen. Ihre politischen Rechte hat sie in der Türkei auf demokratische Art und Weise wahrgenommen und nicht versucht, ihre Ziele unter Anwendung von Gewalt durchzusetzen.

## Aufenthalt/Rückkehr

Nur rund 10 Prozent der Asylsuchenden werden erfahrungsgemäss als Flüchtlinge anerkannt. Die Mehrheit der Asylsuchenden erfüllt die im Asylgesetz verankerten Kriterien für die Anerkennung der Flüchtlingseigenschaft nicht. Wenn ein Asylgesuch nach eingehender Prüfung abgelehnt wird, setzen die Behörden den Betroffenen eine angemessene Frist, in der sie die Schweiz verlassen müssen: Sie läuft bei Nichteintretensentscheiden schnell ab, bei materiellen Entscheiden hingegen in der Regel nach zwei Monaten, wobei persönlichen Umständen Rechnung getragen wird. Wer für die Rückführung Hilfe braucht, wird vom SEM unterstützt. Das SEM bietet auch dem für die Rückführung zuständigen Kanton Unterstützung an.

**Frage: Was passiert weiter mit Mamadou B., Ahmed H. und Sadiye C.?**

## Fall A

Mamadou B. nimmt die Rekursmöglichkeit, die jedem Asylsuchenden offen steht, offensichtlich nicht wahr. Mamadou B. hat es offenbar vorgezogen, sich den kantonalen Behörden zu entziehen. Obwohl er sich per Gesetz regelmässig melden sollte, ist der aktuelle Aufenthaltsort nicht mehr bekannt.

## Fall B

Ahmed H. ist mit der Verfügung vom SEM einverstanden. Er ist der schweizerischen Regierung dankbar für das erhaltene vorläufige Bleiberecht in der Schweiz – bis die Situation in seiner Heimat Somalia sich zum Besseren wendet.

## Fall C

Sadiye C. bleibt in der Schweiz und erhält eine Aufenthaltsbewilligung B, nach fünf Jahren wird ihr normalerweise eine Niederlassungsbewilligung C erteilt. Sadiye C. profitiert von ihrem Flüchtlingsstatus, der ihr Schutz vor Verfolgung im Heimatstaat garantiert. Wenn sie diesen Schutz nicht mehr nötig hat, kann sie auf das Asyl verzichten oder der Asylstatus wird widerrufen. So beispielsweise wenn sie freiwillig in die Türkei zurückkehrt.